

Recyclinghöfe - Betrieb unter Einhaltung von COVID-19 Vorsichtsmaßnahmen

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Abfallwirtschaft möchte Sie über zwei Themen informieren, die derzeit in der Öffentlichkeit und auch in der Presse viel Aufmerksamkeit bekommen.

1. Recyclinghöfe - Betrieb unter Einhaltung von COVID-19 Vorsichtsmaßnahmen

Es erreichen uns jetzt wieder verstärkt Rückmeldungen zu den Einlassbeschränkungen, zu den Abstandsregeln und zur MSN-Pflicht auf den Recyclinghöfen. Es ist sicher richtig, dass bei dem Betrieb im Freien zumindest das Tragen von MNS in Frage gestellt werden kann. Die Abstandsregelungen, die sich ohne eine Einlassbeschränkung nicht aufrecht erhalten lassen, sind jedoch momentan noch unumgänglich, vor allem um den Schutz des ReHo-Personals zu gewährleisten.

Die MNS-Pflicht über wir als Hausrecht aus, da es immer wieder zu Situationen kommt, bei denen der Abstand verringert wird oder verringert werden muss. i es bei der Kontrolle der Abfälle oder auch bei gelegentlichen Hilfestellungen oder leider auch im Konfliktfall, in dem häufig vom Kunden die Distanz unterbrochen wird. Daher halten wir es für unerlässlich, zumindest bis zum 28.06. diese Regelungen aufrecht zu erhalten.

Auf allen ReHö kommt es durch die umgesteuerte Anlieferung zeitweise zu erhöhtem Andrang, entsprechenden Wartezeiten und auch vorübergehenden Behinderungen des Verkehrsraums. Nach wie vor sind daher auf einem Teil der ReHö Maßnahmen zur geänderten Verkehrsführung eingerichtet, die entweder die Rückstaufflächen erhöhen sollen oder überhaupt erst den kontrollierten Einlass ermöglichen. In den beiden letzten Pfingst-Ferienwochen waren die Anlieferungszahlen gegenüber einer etwas ruhigeren Phase zuvor wieder deutlich erhöht. Das lässt sich vermutlich auf die Reisebeschränkungen und die verfügbare Zeit für Arbeiten an Haus und Hof erklären. Nach wie vor beobachten wir aber auch eine hohe Anzahl von Kunden, die mit Kleinstmengen die Höfe aufsuchen und in Relation zur Entsorgungsmenge Wartezeiten als besonders lästig empfinden.

Eine derzeit häufig gestellte Frage bezieht sich auf eine vorübergehende Erweiterung der Öffnungszeiten um dem erhöhten Bedarf entgegen zu kommen. Diese Option haben wir intensiv diskutiert und die Vor- und Nachteile gegenübergestellt. Das Hauptproblem besteht in den Genehmigungen zum Bau und Betrieb der Anlagen. Bei den Baugenehmigungen sind auch betriebliche Belange, wie z.B. Öffnungszeiten anzugeben und die Genehmigung bezieht sich auf die beantragten Tätigkeiten, da diese in aller Regel emissionsrelevant sind (vor allem Lärm). Wir können also nicht einfach die Öffnungszeiten erweitern und müssten dazu zunächst Änderungsanträge stellen, was in der momentanen personellen Situation nicht leistbar ist.

Das zweite Problem besteht darin, dass es auch für unseren Betreiber aufgrund der Unsicherheiten sehr schwierig ist, zusätzliches Personal zu finden und dieses anzulernen.

Zuletzt muss ich anmerken, dass natürlich die Kosten auch eine Rolle spielen. Wir haben teilweise deutlich höhere Kosten für Personal, das wir außerhalb der bestehenden Verträge geordert haben und auch die eingesetzten Security waren natürlich nicht umsonst vor Ort. Wir sind momentan sehr froh, dass wir die ReHö mit Ausnahme der Einlasskontrollen und der Hygieneregeln alle wieder im normalen Betrieb haben und bisher trotz der großen Anspannung die meisten ReHo-Mitarbeiter gesund und bei der Arbeit sind.

2. Blaue Tonne

Die Firmen Kühl und Remondis haben der Abfallwirtschaft mitgeteilt, dass sie um die Akzeptanz gegenüber den Blauen Tonnen nicht zu gefährden das Entgelt für das Jahr 2020 ab dem 01. Juli 2020 mit dem halben Jahrespreis erheben werden. Die Betreiber der Blauen Tonnen entschärfen mit diesem einheitlichen Vorgehen die kritischen Fragen zur "rückwirkenden" Erhebung des Entgelts.

Die Firmen werden das heute oder morgen über eine Pressemitteilung bekannt geben und auch in Ihre Kommunikationswege (Homepages, Telefonberatung, Beantwortung Mail-Anfragen) aufnehmen.

Weitere Informationen erhalten Sie im Rahmen der Beantwortung des Antrags der SPD-Kreistagsfraktion im Umwelt- und Betriebsausschuss am 08. Juli.